

ACS Sektion Zürich

Arbeitgeber Zürich VZH

Baumeister-Verbände Region
Zürich-Schaffhausen Zürich

City Vereinigung Zürich

Gewerbeverband der Stadt
ZürichHauseigentümerverbände des
Kantons und der Stadt ZürichKMU- und Gewerbeverband des
Kantons Zürich

Komitee Weltoffenes Zürich

TCS Sektion Zürich

Unternehmergruppe
WettbewerbsfähigkeitVereinigung Zürcherischer
Arbeitgeberverbände der
IndustrieVereinigung Zürcher
Immobilienunternehmen

Zürcher Bankenverband

Zürcher Handelskammer

Zürcher Hotellerie

Sekretariat:
c/o Zürcher Handelskammer
Löwenstrasse 11Postfach
8021 Zürich
Telefon: 044 217 40 50

Fax: 044 217 40 51

E-Mail: info@forum-zuerich.org

Website: www.forum-zuerich.org

«Vorwärts Züri»

Zürcher Wahlen 2026 / 2027

Präambel

Der Wirtschaftsstandort Zürich hat viel zu bieten, verliert gegenüber anderen Wirtschaftsräumen im In- und Ausland aber an Wettbewerbskraft. Er profitiert von gegebenen Standortvorteilen, schneidet im Vergleich bei den beeinflussbaren Faktoren aber schlecht ab. Aus Sicht der Wirtschaft braucht es deshalb dringend Verbesserungen der Standortattraktivität, denn nur eine starke Wirtschaft ermöglicht Wohlstand für die gesamte Gesellschaft. Ein wettbewerbsorientierter, offener Handel mit Europa und der Welt liegt im Interesse der Zürcher Wirtschaft und des Standorts.

Die künftige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich wird durch die Unterstützung der nachfolgenden Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes erreicht.

Querschnittsthemen Ordnungs- und Standortpolitik

Der Kanton Zürich profitiert von gegebenen Standortvorteilen und verpasst es zusehends, sich für die Zukunft fit zu machen. Bei den beeinflussbaren Standortfaktoren schneidet der Kanton Zürich vergleichsweise schlecht ab – dies kann und darf er sich nicht leisten. Übergeordnet sind die Begrenzung des Staatswachstums, Investitionen in die digitale Infrastruktur und der Schutz des Privateigentums prioritär zu verfolgen.

Konkrete Kernforderungen

- Die Kernverwaltung wächst quantitativ deutlich langsamer als die Bevölkerung und leistet damit seinen Beitrag an die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels infolge der Alterung der Gesellschaft. Skaleneffekte, Prozessverbesserungen und Entschlackung von Verfahren sind auch beim Staat möglich.
- Der Staat setzt sich das Ziel «Netto Null Bürokratie» gegenüber den Unternehmen. Die Verwaltung entwickelt proaktiv Ideen, wo und wie die Bürokratie für Unternehmen reduziert werden kann. Auch bezüglich Bürokratie muss ein Absenkpfad definiert werden.
- Der Staat darf die Privatwirtschaft im Arbeitsmarkt nicht mit steuerfinanzierten und vergleichsweise überhöhten Lohn- und Nebenleistungen konkurrenzieren.
- Die Standortattraktivität für Jungunternehmen (Start-ups) wird durch verbesserte Rahmenbedingungen erhöht.
- Der Kanton Zürich steht für Rechtssicherheit und schützt das Privateigentum.
- Das Subsidiaritätsprinzip wird konsequent eingehalten.
- Bundesgesetze werden generell ohne weitere kantonale Verschärfungen umgesetzt (kein Züri-Finish).
- In der Digitalisierung hat der Kanton erheblichen Handlungsbedarf. Namentlich sind horizontale und vertikale Silos aufzuheben und eine Gesamtstrategie mit einem verbindlichen Zeitplan zu entwickeln. Im Fokus steht dabei, die Effizienz zu steigern und den Dienstleistungsgedanken in die Tat umzusetzen. Dazu sind sowohl verwaltungsinterne Abläufe wie auch Kundenprozesse zu digitalisieren.

Neben den genannten übergeordneten Themen Begrenzung des Staatswachstums, Digitalisierung und Schutz des Privateigentums lassen sich sieben zentrale Standortfaktoren ausmachen: Steuer- und Wirtschaftspolitik, Raumplanung und

Wohnpolitik, Mobilität/Verkehr, liberaler Arbeitsmarkt, Energie, Bildung/Forschung und Gesundheit.

Handlungsfeld Finanzen, Steuern und Gebühren

Unsere Wirtschaft benötigt eine langfristig angelegte Finanzpolitik, die sich durch eine konkurrenzfähige Steuerpolitik, einen ausgeglichenen Haushalt, den Schuldenabbau und die konstant hohen Investitionen in eine zukunftsgerichtete Infrastruktur im Kanton Zürich auszeichnet.

Konkrete Kernforderungen

- Bei den Unternehmenssteuern erreicht der Kanton Zürich, dass er sich im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld positioniert.
- Überschüsse der Staatsfinanzen sollen proportional an die Steuerzahlenden zurückbezahlt werden.
- Mit einer Steuergesetzrevision werden Fehlanreize bei der Steuerbelastung für Zweitverdiener, Steuervorteile für Teilzeitbeschäftigung und Steuernachteile der Leistungsträger («Vielarbeiter-Abzug») korrigiert.

Handlungsfeld Raumplanung und Wohnpolitik

Unser Lebens- und Wirtschaftsstandort benötigt eine Abkehr von raumplanerisch bedingter Verknappung und genügend attraktiven Wohnraum für dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte. Es muss mehr gebaut werden. Zentrale Themen sind die Verdichtung, die Schaffung von Wohnraum und die zu langen Verfahrensdauern.

Konkrete Kernforderungen

- Die Kriterien für neue Einzonungen sind neu festzulegen.
- An gut erschlossenen Standorten muss die Verdichtung und Siedlungsentwicklung entschlossen vorangetrieben werden. Dabei sind Flexibilisierungen der Nutzungen zu fördern, namentlich Umzonungen und Aufzonungen.
- Die Bauverfahren, namentlich auch Gestaltungsplan-Verfahren, sind zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dabei ist die Digitalisierung zu nutzen und systematisch zu prüfen, wo ein Baubewilligungsverfahren durch ein Meldeverfahren ersetzt werden kann.
- Die Einsprachekompetenzen sind, so weit wie möglich und rechtsstaatlich angezeigt, von den Baubewilligungsverfahren weg auf die vorgelagerten raumplanerischen Ebenen zu konzentrieren.

Handlungsfeld Mobilität / Verkehr

Unsere Wirtschaft benötigt im Verkehr Zuverlässigkeit, Sicherheit und Kostenwahrheit sowie die schnelle, sichere und pünktliche Erreichbarkeit von Wohn- und Arbeitsorten.

Konkrete Kernforderungen

- Die verkehrsübergreifende Multimodalität ist zu fördern - mit hoher Convenience (Angebotsvielfalt, Tariftransparenz, Buchung, Bezahlung) und der Förderung von Innovationen, liberalisiertem Ticketverkauf und offenen Schnittstellen.
- Die verschiedenen Verkehrsträger werden im Sinne der angestrebten Multimodalität nicht gegeneinander ausgespielt
- Verkehrsengpässe sind systematisch abzubauen
- Die Verkehrsinfrastrukturen sind zukunfts- und nachfrageorientiert weiterzuentwickeln und verursachergerecht zu finanzieren
- Eine Verteuerung der Versorgungsleistungen (der KMU) ist zu vermeiden.
- Für die Warenlogistik sind Umlade-Hubs zu schaffen und die nötigen Landreserven zu sichern.
- Die Verknüpfung mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahn wird gefördert.
- Ab dem Flughafen Zürich ist ein nachfrageorientiertes Angebot an Direktverbindungen in die europäischen und globalen Metropolen und Absatzmärkte zu sichern.
- Die Verknüpfung mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahn wird gefördert.

Handlungsfeld liberaler Arbeitsmarkt

Unsere Wirtschaft benötigt einen flexiblen Arbeitsmarkt, die wirtschaftsfreundliche Umsetzung des Arbeitsgesetzes, Arbeitsbedingungen der öffentlichen Hand, die sich an den privatwirtschaftlichen Verhältnissen orientieren, eine möglichst hohe Erwerbstätigkeit sowie die bestmögliche Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotentials. Alle diese Massnahmen sind auch wichtig im Kampf gegen den sich verschärfenden Fach- respektive Arbeitskräftemangel.

Konkrete Kernforderungen

- Der Staat darf die Privatwirtschaft nicht mit vergleichsweise sehr guten Anstellungsbedingungen, die letztlich von der Privatwirtschaft direkt und indirekt mit Gebühren und Steuerabgaben finanziert werden, unfair konkurrenzieren.
- Der Kanton garantiert weiterhin einen wirtschaftsfreundlichen Vollzug des Arbeitsgesetzes. Im Falle einer generellen Revision des Arbeitsgesetzes setzt er sich auf Bundesebene für eine moderne wirtschaftsverträgliche Lösung ein. Dazu gehört eine weitergehende Liberalisierung des Sonntagsverkaufs. Bei nicht ausreichenden Drittstaatenkontingenten setzt sich der Kanton auf Bundesebene für eine Ausweitung ein.
- Die öffentliche Hand betreibt eine Politik, welche mit ihren Rahmenbedingungen eine höhere Erwerbstätigkeit fördert und nicht erschwert. Dies gilt insbesondere bei der Beschäftigung von älteren Mitarbeitenden und Menschen, die nicht oder zu wenig im Arbeitsmarkt integriert sind. Allfällige falsche Anreize, die eine Erhöhung des Pensums oder den Verbleib im Arbeitsprozess unattraktiv machen, wären zu beseitigen. Zu prüfen sind primär steuerliche Anreize bei Vollzeitarbeit. Der Kanton setzt sich sodann für eine möglichst leistungsgerechte und

- anreizkompatible Besteuerung aller Lebensentwürfe ein (namentlich Individualbesteuerung oder Äquivalent).
- Die öffentliche Hand bzw. die Politik setzen sich dafür ein, dass das inländische Arbeitskräftepotential besser genutzt wird. Dazu gehören Bestrebungen, Familie und Erwerbstätigkeit besser zu vereinbaren.

Handlungsfeld Energie

Der Kanton Zürich orientiert sich beim Netto-Null-Ziel am Pariser Klimaabkommen: Netto-Null bis spätestens 2050; kein Züri-Finish. Zur Umsetzung der Defossilisierung setzt der Kanton auf marktwirtschaftliche Grundsätze und sorgt für eine ausreichende, saubere, diversifizierte und ununterbrochene Bereitstellung von Energie zu angemessenen Preisen.

Konkrete Kernforderungen

- Der Kanton setzt sich beim Bund für gute Rahmenbedingungen und Grundlagen zur Finanzierung der Ausscheidung von CO₂-Prozessemissionen ein.
- Der Kanton schafft gute Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Stromleitungsnetz.
- Der Kanton fördert mit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die dezentrale Energiespeicherung.
- Der Kanton setzt Anreize für eine effiziente Stromproduktion und -nutzung, insbesondere durch Digitalisierung (produktionsseitig u.a. Netzkonvergenz, nutzerseitig u.a. Smartmeter).
- Im Energiegesetz werden für die Kundinnen und Kunden Anreize geschaffen, sich netzdienlich zu verhalten.
- Der Kanton verbessert die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien.
- Der Kanton verfügt über eine Notfallplanung, um Institutionen und systemrelevante Infrastrukturen auch bei Strommangellagen mit ausreichend Strom zu versorgen.
- Es darf keine Technologieverbote geben.

Handlungsfeld Bildung und Forschung

Unsere Wirtschaft benötigt eine Bildungspolitik, die die Schulabgängerinnen und Schulabgänger für den Eintritt in die Berufswelt qualifiziert.

Konkrete Kernforderungen

- Das integrative Schulsystem gehört auf den Prüfstand, weil es sich heute primär um die schulisch sehr schwachen Kinder und verhaltensauffälligen Schüler kümmert und deshalb die Entwicklung der Mehrheit der Kinder vernachlässigt.
- Die Berufslehre mit Berufsmaturität oder der höheren Berufsbildung ist zu fördern.
- Die Zürcher Hochschulen müssen den uneingeschränkten Zugang zu den nationalen und internationalen Forschungsk Kooperationen haben.
- Die finanzielle Beteiligung von Akademikerinnen und Akademikern an ihren Ausbildungen muss steigen - insbesondere sind Langzeitstudierende finanziell stärker in die Pflicht zu nehmen. Eine Option sind zinslose Darlehen, die Studierende für das Studium erhalten und die zurückzuzahlen sind.
- Der akademische Weg wird heute im Vergleich zur höheren Berufsbildung finanziell stärker unterstützt. Hier ist ein Ausgleich zwischen den beiden tertiären Bildungswegen zu schaffen.
- Die Stellung von Zürich als weltweit führender Innovationsstandort wird erhalten und ausgebaut.

- Die Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Hochschulen und der Zürcher Wirtschaft muss intensiviert werden. Hochschulen sollen wieder vermehrt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet werden. Für sie muss wie bei allen Ausbildungen das Kernziel gelten, dass die Ausbildung befähigt, eine gefragte Funktion auszuüben respektive eine Stelle zu finden.
- Auch die Hochschulen selbst müssen untereinander eng kooperieren und im Sinne des Ganzen Synergien und Zusammenarbeitspotenziale nutzen.
- Die Akademisierung vieler Berufe ist zu stoppen. Es braucht nicht für jeden Beruf einen Bachelor- oder einen Masterabschluss, insbesondere gilt dies für die Verwaltung.

Handlungsfeld Gesundheit

Unsere Wirtschaft benötigt eine sichere, qualitativ hochstehende und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung, einen fairen Wettbewerb unter den Leistungserbringern im Gesundheitswesen und einen innovativen und kompetitiven Gesundheitsstandort Zürich, der das hohe Niveau, die vorhandenen Kompetenzen sowie das Digitalisierungs- und Innovationspotenzial nutzt, um kostendeckende Beiträge zu generieren.

Konkrete Kernforderungen

- Die Qualitätssteuerung im Gesundheitswesen ist entschlossen zu verstärken und zu systematisieren, um vom bestehenden Mengenwettbewerb zu einem Qualitätswettbewerb zu kommen. Gleichzeitig muss eine langfristige Spitalplanung entwickelt und umgesetzt werden, die im Kanton Zürich eine hochwertige Gesundheitsversorgung sichert, Kosteneffizienz fördert, den Standort stärkt und Planungssicherheit für Unternehmen und Fachkräfte schafft.
- Die bestehenden Fehlanreize, die ambulante gegenüber stationären Behandlungen benachteiligen, sind zu beseitigen und durch kostendeckende, innovationsfördernde Tarife abzulösen.
- Die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist massiv voranzutreiben – vom überfälligen digitalen Patientendossier bis zur Telemedizin und digitalen Gesundheitslösungen für Patientinnen und Patienten.
- Die Verbindung von universitären Spitälern, Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Unternehmen zu einem Innovationscluster ist zu unterstützen.
- Die bestehenden Ausbildungsmodelle sind auf die Gesundheitsberufe der Zukunft auszurichten und die überbordende Bürokratie ist zugunsten von mehr Zeit am Patienten einzudämmen.